

# Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 7

PDF erstellt am: **16.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Deutschland

**Mobilmachung von Kampfpanzer Leopard**

Unter dem Aspekt der von Westeuropa antizipierten zunehmenden Bedrohung durch Russland will Deutschland zusammen mit Frankreich ein Nachfolgemodell des Kampfpanzers Leopard entwickeln. Der Leopard II, dessen Nutzungsdauerende sich um das Jahr 2030 abzeichnet, erlebt dabei eine Renaissance. Nachdem derzeit Deutschland innerhalb der NATO Response Force die Landkomponente (Heer) bis 2016 stellt, hat Bundesvertei-

digungsministerin von der Leyen vorsorglich die Mobilmachung der deutschen Panzerflotte mit total 328 Leo II befohlen. Mit Frankreich wurde



Leopard 2PSO.

Bild: wikipedia

der Partner reaktiviert, der bereits beim jetzigen Modell in der Planungsphase mitwirkte, dann aber selbständig den «Leclerc» entwickelte.

Schweden

**Definitive Abkehr von der Neutralität geplant?**

Auch die Schwedische Politik schliesst gemäss ihrem aktuellen Rüstungsbericht einen Beitritt zum NATO-Bündnis nicht mehr kategorisch aus. Als langjähriger Gastgeber von multinationalen und streitkräfteübergreifenden Stabsübungen und den bekannten Luftwaffentrainings (mit andauernder Schweizer Präsenz), hat sich das Königreich in den letzten Monaten vermehrt für eine Kooperation mit seinen regionalen Partnern ausgesprochen. Neu ist, dass gemäss dem Bericht eine intensivere Zusammenarbeit speziell mit den USA sowie der NATO ange-

strebt wird. Diese Bestrebungen stehen in direktem Zusammenhang mit einer Serie von beinahe-Luftraumverletzungen durch russische Jets in jüngster Vergangenheit, sowie einem vermuteten russischen Unterseeboot in den Gewässern vor Stockholm im Oktober 2014. Im Zuge der anhaltenden Spannungen wird Schweden in einer seiner nächsten Übungen gemäss Generalmajor Karl Engelbreksson, ehemaliger Kdt der Nordic Battle Group, zwei B-52 Stratofortress Bomber der US Air Force in die Übungsanlage einbinden können. «Wie Russland dies interpretiert, ist deren Sache», so Engelbreksson.

Finnland

**Aktive militärische Zusammenarbeit geplant**

Finnlands neue Mitte-rechts-Regierung hat in ihrer Regierungserklärung festgehalten, dass in der jetzigen Legislaturperiode ein NATO-Beitritt jederzeit stattfinden könne. Für das neutrale Finnland, das derzeit dem Partnership for Peace

(PfP)-Programm sowie dem Bündnis der nordischen Länder (NORDEFKO) angehört, wäre dieser Schritt ein Meilenstein in seiner Sicherheitspolitik. Die Ankündigung reiht sich in die aktuellen Ereignisse entlang der russischen Grenze ein, die vom Schwarzen Meer (Annektierung der Krim), über das Baltikum (weiträumig an-

gelegte NATO-Übungen) bis weit über den Polarkreis (Multinationale Luftwaffenübungen in Schweden) reichen. Finnland sucht dabei aktiv den Anschluss an die militärische Zusammenarbeit mit den genannten Partnern. Dabei spricht sich die jetzige Regierung ebenfalls für eine massive Erhöhung des Verteidigungshaushalts 2016–

2025 aus, der den Erwerb eines neuen Kampfflugzeuges und den Ersatz der 64 finnischen F/A-18 vorsehen soll. Sehr begrüsst wurde dies seitens NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der sich bereits im April dieses Jahres für einen intensiveren Austausch zwischen dem Nordatlantikbündnis und Finnland ausgesprochen hat.

Bulgarien

**Erneuerung der Luftwaffe**

Um den Luftpolizeidienst im eigenen Land wahrzunehmen, wird die Bulgarische Luftwaffe anfangs der zweiten Jahreshälfte den Beschaffungsprozess eines neuen Kampfflugzeuges beginnen, so Luftwaffengeneral Rumen Radev. Derzeit unterhält das Land eine nur teilweise einsatzfähige und stark kannibalisierte Staffel von vormals sowjetischen MiG-29. Gemäss dem General, taue die ebenfalls von der Luftwaffe betriebenen älteren MiG-21



Bulgarische MiG-29 auf der Air Base Aviano.

Bild: US Air Force

Abfangjäger nicht für den Luftpolizeidienst. Anlässlich des NATO-Beitritts 2004 hat das Land mitgeteilt, mindestens acht neue Kampfflugzeuge bis ins Jahr 2016 zu beschaffen. Seit Mitte Mai hat nun die US

Air Force zwölf F-15C Eagle inklusive 200 Soldaten als Teil eines so genannten «first theatre security package (TSP)» in Plovdiv stationiert. Solche TSP wurden bislang nur im pazifischen Raum eingesetzt.

Polen

**Neuer Mannschaftstransporter geplant**

Die deutsche Rheinmetall-MAN entwickelt zusammen mit dem polnischen Subkontraktor PGZ eine neue Flotte von Radschützenpanzern für das polnische Heer. Circa 460 Sowjet-ära BRDM-2 Schützenpanzer werden durch ein neues 6x6-Amphibienfahrzeug ersetzt. Die Grundkonfiguration des neuen Fahrzeuges beträgt ca. 20 Tonnen, bei einer Nutzlastkapazität von weiteren 3,5 Tonnen. In einer ersten Phase werden

aus diesem Programm leichte gepanzerte Aufklärungsfahrzeuge angeschafft. Mit dieser Neuentwicklung erhofft sich der Hersteller in Zukunft

speziell bei osteuropäischen Streitkräften den Ersatz von veralteten Mannschaftstransportern sicherstellen zu können.

## Russland

### Weitere Aufrüstung

Russische Truppen erhielten eine erste Tranche aus dem Ratnik «Soldat-der-Zukunft»-Programm. Das in Russland gefertigte integrierte Infanterie-System erlaubt es den



Ratnik Multifunktionshelm.

Bild: engineeringrussia.wordpress.com

Streitkräften, vernetzte Operationen in Echtzeit zu führen. Über den Umfang der ersten Lieferung sind derzeit keine Einzelheiten bekannt. Fest steht jedoch, dass der Hersteller TsNIITochMash (russ.

Abkürzung für «Zentrales Forschungsinstitut für Präzisionsmaschinenbau») bereits eine zweite Tranche fertigt. Ziel ist, jährlich etwa 50000 Einheiten abzuliefern. Nebst dem neuen T-14 Kampfpanzer der medienwirksam am Jahrestag zum Ende des 2. Weltkriegs auf dem roten Platz defilierte, wurden gleichzeitig Schützenpanzer und Artillerie der neusten Generation vorgeführt. Armata, Kurganets, Boomerang und Koalitsiya sollen sämtliche gepanzerten Kampffahrzeuge ersetzen und stellen nicht nur im Design, sondern auch in der Einsatztaktik eine Revolution dar; weg von hoher Manövrierbarkeit, hin zu mehr Schutz der eingesetzten Kampfelemente.

## USA



NSA-Installationen in Menwith Hill, GB.

Bild: Wikimedia

### Streit um Reform des Nachrichtendiensts NSA

Bis zum 1. Juni hatte der US-amerikanische Kongress Zeit, den Nachrichtendienst NSA zu reformieren. Dann lief nämlich eine Bestimmung aus, die das Abgreifen von Telefon- und Internetdaten von Millionen US-Amerikanern erlaubt hatte. Das Weisse Haus will die Praxis zwar stoppen, aber mit dem Reformgesetz zugleich sicherstellen, dass die Datensammlungen zum Schutz vor Terrorismus begrenzt weitergehen können. Der überparteiliche Entwurf mit dem Titel «USA Freedom Act» der dem Kongress vorliegt, erlaubt eingeschränkte Spähaktivitäten und sieht Reformen des geheimen Gerichts vor, das Anträge auf Datenzugriffe absegnet.

Nicht der Inhalt von Gesprächen wird demnach aufgezeichnet, sondern Telefonnummern, ausserdem Zeitpunkt und Dauer von Anrufen, betroffen sind US-Bürger. Künftig sollen diese Daten bei den Telefongesellschaften gespeichert werden. Nur mit einem Beschluss des geheimen Spezialgerichts Foreign Intelligence Surveillance Court (Fisc) soll die NSA darauf zugreifen können.

Im Senat wurde die diesbezügliche Abstimmung blockiert. Eine bedeutende Minderheit der republikanischen Partei wollte das Gesetz stoppen. Die Sicherheit des Staates darf nicht auf der pauschalen Kriminalisierung seiner Bürger basieren, so Rand Paul, der Wortführer der Minderheit.

## Iran

Gemäss Teherans stellvertretendem Aussenminister sollen die beschafften russischen SA-300 Luftabwehrraketen so rasch als möglich ausgeliefert werden. Auf diese Weise wird sich der Iran in Zukunft zwar nicht vor ballistischen Langstreckenraketen schützen können, hingegen gelingt es der Islamischen Republik, mit Unterstützung Moskaus eine gezielte Drohkulisse auf- und auszubauen. Russland legitimiert den Verkauf mit dem Abkommen über die nukleare Abrüstung des Irans. Das Säbelraseln der Ayatollahs ist aber auch durch zunehmende Übergriffe iranischer Revolutionsgarden

auf Handelsschiffe in der Strasse von Hormuz spürbar. Nicht verwunderlich, dass auf der anderen Seite des Persischen Golfs entsprechende Vorsichtsmassnahmen getroffen werden. So bestellte Saudi Arabien erst kürzlich Rüstungs-

güter für beinahe 2 Mia. US\$ in den USA, darunter 10 MH-60R Sikorsky Seahawks mit ca. 1000 Sonar-Bojen für die U-Boot-Abwehr. Das einzige Land in der Region mit einer Untersee-Flotte von mehr als zwei Dutzend Booten ist der Iran.



S-300PMU-System.

Bild: The Boresight Air Power cur

## Nordkorea

### Neue U-Boot-Raketen

Nordkoreas staatliche Medien berichteten, dass das Land erstmals erfolgreich von einem U-Boot eine neuartige ballistische Rakete abgefeuert hatte. Sogar Diktator Kim Jong Un hat die Tests auf hoher See mitverfolgt. Ob die Tests in Tat und Wahrheit erfolgreich waren, kann man nicht mit absoluter Sicherheit sagen. Die in der Presse zirkulierten Bilder sind im Westen umgehend von verschiedenen Journalisten als beschönigt oder gefälscht eingestuft worden («Der Diktator kann nicht einmal Photoshopping», titelte der Blick.)

Unabhängig des Erfolgs der aktuellen Tests bestätigen sie den Willen Pjongjangs, U-Bootgestützte Raketen (SLBM) einsatzbereit zu haben. Postwendend kritisierten Südkorea und die USA die Tests als eine zusätzliche Gefahr für die koreanische Halbinsel und Ostasien. China hat sich nicht verlauten lassen. Falls die Tests erfolgreich waren, waren sie ein grosser Schritt Nordkoreas auf dem Weg zum Ausbau seiner Raketen-Schlagkraft. Aber: Damit verstösst das Land gegen Resolutionen des Weltsicherheitsrats. Nordkorea, das zwischen 2006 und 2013 drei Atomtests unternommen hat, ist der Start von bal-



Kim beim Abschuss einer Rakete. Bild: EPA

listischen Raketen nämlich untersagt. Umso interessanter ist es, wenn auch die Vereinten Nationen zu den Tests schweigen.

Den Analysen Südkoreas zufolge benötigt das Nachbarland noch Zeit, bis die Waffe

vollständig einsatzbereit ist. Demnach fehlt es noch an zusätzlicher Ausrüstung. Dafür braucht Nordkorea noch drei bis fünf Jahre.

### Japan

#### Japan sucht strategische Partnerschaften

Die maritime Machtprojektion Chinas wird immer grösser. Ob im Süd- oder im Ostchinesischen Meer, ob auf dem Indischen oder Pazifischen Ozean: China baut die eigene Präsenz und ein engmaschiges Partnernetz aus. Es ist deshalb «natürlich», wenn Japan als enger Verbündeter der USA



JDS Izumo (DDH-183), offiziell Helikopter-Zerstörer. Japan Maritime Self-Defense Force

nach strategischen Optionen sucht, dem Machtstreben Pekings in der Region Einhalt zu gebieten.

Gerade aufgrund des wachsenden Ungleichgewichts zu Ungunsten Japans ist das Land der aufgehenden Sonne besorgt:

Aus Kostengründen kann Tokio nicht mit Peking in Sachen Aufrüstung wetthalten. So muss Japan Eindämmungsstrategien lancieren, etwa den massierten Einsatz von eigenen U-Booten, die Verminung von Schlüsselstellen, den Aufbau von Raketen- und Luftabwehrkapazitäten oder verstärkte nachrichtendienstliche Aktivitäten.

Mit dem vergrösserten Einsatz von schnellen Eingreiftruppen, stationiert auf diversen dislozierten Kampfplattformen, scheinen Verteidigungsmassnahmen zur präventiven Eindämmung möglicher militärischer Aggressionen erfolgversprechend. Japan bemüht sich ebenfalls um ein besseres Netzwerk. In Frage kämen die Koordination mit Taiwan und den Philippinen. Diese drei Länder teilen die strategische Einschätzung der Rolle Chinas. Südkorea hingegen, ebenfalls ein strategischer Partner der USA, hat bereits abgewinkt. Tokio und Seoul befinden sich nämlich selber im maritimen Wettlauf.

### China

#### Pläne für eine maritime Macht

Die chinesische Marine hat Ende Juni eine Strategieschrift veröffentlicht. Darin setzt sie folgende Prioritäten: Verstärkte Entwicklung der verbundenen Waffen an der Küste; Ausbau der Tiefseekapazitäten; Technologische Aufrüstung.

Die Reaktionen der benachbarten Länder und der USA kamen umgehend. Vor allem im Ausbau der Tiefseekapazitäten orten viele ein militaristisches Potenzial. Die USA benützten die letzten Tests des «Marine» Jets F-35, um ihre

Entschlossenheit zu demonstrieren. Bereits 60 Prozent der US-Kapazitäten seien in der Pazifik stationiert; dies sollte eine natürliche Schranke für China darstellen – so die US-«Marines».

Genau diese Kapazitätsmassierung der USA ist eines der Gründe für den chinesischen Marine-Ausbau. Im Strategiepapier gibt die Marine Pekings zu, eine weitreichende Machtprojektion zu wollen. Doch sie nennt auch die Präsenz der USA und die Koordination ihrer Alliierten als mögliche Bedrohungsszenarien, auf die sie sich vorbereiten muss.

### Indien

#### Indien: Aufrüstung für 130 Milliarden US-Dollar

Indien plant in den nächsten zehn Jahren Rüstung im Wert von 130 Mia. US\$ zu beschaffen. Diese Zahl wurde von diversen Ministerien und



Indische Mehrfachraketenwerfer bei einer Militärparade.

Bild: Indian Armed Forces

Angehörigen des staatsnahen Privatsektors anlässlich der Wirtschaftsmission von Bundesrat Schneider Ammann verschiedentlich bestätigt.

In der Rüstungsbranche können sich künftig Ausländer mit bis zu 49% an Unternehmen beteiligen. Aktuell liegt die Grenze bei 26%. Nun will die Regierung ausländischen Investoren weiter entgegenkommen, etwa durch die Aufhebung der unterschiedlichen Bedingungen von «Direkt- und Portfolioinvestitionen». Einige

Investitionen oder Ausschreibungen sollen künftig in einem sogenannten «automatischen Modus» stattfinden. Das bedeutet, die Partizipation ausländischer Investoren oder Bieter ist automatisch zugelassen. Indienkenner sind sich nicht einig, wie viele Vorteile diese Massnahmen wirklich bringen.

Indien gilt ohnehin als schwieriges Land, gerade für Rüstungsexporte. Die Schweizer Firma Rheinmetall beispielsweise war über zwei Jahre auf einer schwarzen Liste. Sie durfte in Indien nicht berücksichtigt werden. Trotzdem: Verschiedene Schweizer Firmen exportieren Rüstung, militärische Güter, unterstützende Systeme oder auch «Dual-use»-Produkte nach Indien. Ihre Probleme sind neben der komplizierten und teuren indischen Bürokratie auch die Schweizer Gesetze und ihre Anwendung durch den Bundesrat. Viele Produkte dürfen aufgrund Schweizer Vorgaben faktisch nicht nach Indien exportiert werden.

*Pascal Kohler,  
Henrique Schneider*